

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **13.03.2019**, 17:18 Uhr - 18:34 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Astrid Bühl, Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann
(bis 18:20 Uhr), Christel Loschelder, Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Elke Haves, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster,

von der FDP-Fraktion:

Dr. Jehad El-Gindi,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Siegfried Köhl,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Hans Kurth, Andreas Viehoff-Heithorn, Ulrich Schülbe, Arnold Voskamp, Elisa-
beth Wibben,

von der Verwaltung:

Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Andrea Deiters, Georg Hegge-
mann, Jan-Philipp Kobert, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Frank Möller, Dr. Norbert Schulze
Kalthoff, Dr. Annette Siemer-Eikermann, Helga Sonntag, Daniela Stemmer,

für die Schriftführung:

Frank Treutler,

Es fehlte/n:

Claudia Grönefeld, Christoph Kattentidt, Otmar Knüvener, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Harald Wölter (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|--|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/1005/2018</u>
II | 5. Wettbürosteuer |
| <u>V/0143/2019</u>
I | 6. Weiterentwicklung des sozialen Arbeitsmarktes in Münster
hier: Antrag A-R/0050/2018 "Teilhabe am sozialen Arbeitsmarkt" vom 26.06.2018 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion |
| <u>V/0106/2019</u>
V | 7. Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/0107/2019</u>
V | 8. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) für geflüchtete Menschen im Jobcenter der Stadt Münster - Eine erste Bilanz - |
| <u>V/0127/2019</u>
V | 9. Ausschreibung der Betriebsträgerschaft für die dauerhafte Flüchtlingseinrichtung in Hilstrup, Marie-Curie-Straße 3 - 3e |
| <u>V/0005/2019</u>
V | 10. Maßnahmenprogramm Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide: Jahresbericht 2017 |
| | 11. Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:18 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann begrüßte Herrn Hans Kurth als sachkundiges Mitglied im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung auf Vorschlag der Kommunalen Seniorenvertretung sowie seinen Stellvertreter, Herrn Andreas Viehoff-Heithorn.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug Herr Kollmann mit Hinweis auf Verhinderungen von Frau Hamisch und Frau Jürgens-Beike vor, für diese Sitzung Herrn Treutler als Schriftführer zu bestellen. Der Ausschuss folgte dem Vorschlag einstimmig.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Frau Rietenberg regte an, die unter TOP 6 vorgesehene Vorlage V/0143/2019 von der Tagesordnung abzusetzen und in die nächste Beratungskette zu schieben. Der Anregung wurde nicht widersprochen.

Herr Treutler verwies auf den weiteren Tagesordnungspunkt mit einer den Münster-Pass betreffenden Vorlage in der gedruckten Fassung der Einladung. Die Vorlage sei gegenstandslos. Gegen den Vorschlag, die unter dem weiteren TOP 11 vorgesehene Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, gab es keine Einwände.

Mit diesen Maßgaben wurde die Tagesordnung damit einvernehmlich festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung Eingänge

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung Mitteilungen

Frau Arnkens-Homann berichtete über

- 3.2.1 die vollzogene Schließung der Wohnungsloseneinrichtung an der Trauttmansdorffstraße sowie über die aktuelle Entwicklung der Fallzahlen in der Wohnungslosenhilfe – **Anlage 1** und erinnerte an
- 3.2.2 die vorab an die Mitglieder versandten aktuellen Daten zur Flüchtlingssituation mit Hinweisen zu dem vom Ausschuss angeregten Besuch der ZUE – **Anlage 2**. Herr Reiners

regte an, dem Ausschuss Informationen zur gegenwärtigen Situation in der ZUE in der kommenden Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Frau Arnkens-Homann verwies auf folgende weitere Informationen, die die Mitglieder vorab erhalten hatten:

3.2.3 Ausgaben Münster-Pass – **Anlage 3**,

3.2.4 Einladung des Sozialdienstes für Flüchtlinge des Sozialamtes zum Tag der offenen Tür am Donnerstag, 14.03.2019 – **Anlage 4**,

3.2.5 Evaluations- und Vergleichsbericht zur elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge (eGK) – **Anlage 5**,

3.2.6 Ratsbeschluss vom 13.2.2019: Förderung freier Träger in den Bereichen Gleichstellung, Schule, Soziales und Gesundheit: Dynamisierte Fortschreibung der Personalkostenanteile ab 2019 – **Anlage 6**,

3.2.7 Altengerechte Quartiersentwicklung Hilstrup Ost: Koordination der Begegnungsstätte Emmerbach-Treff – **Anlage 7**.

Herr Bierstedt verwies auf

3.2.8 die ergänzenden Hinweise des Jobcenters (Schreiben vom 12.03.2019 an die Mitglieder des Ausschusses) zur Anfrage der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 15.01.2019 zu Bedarfen für Unterkunft und Heizung – **Anlage 8** sowie auf

3.2.9 den Sachstand zu § 16i SGB II und § 16e SGB II (öffentlich geförderte Beschäftigung) – **Anlage 9**.

3.2.10 Herr Bierstedt teilte ferner mit, dass die Vereinbarung der Stadt Münster mit dem Land zu den Zielwerten gem. § 48b SGB II noch nicht gezeichnet vom Ministerium zurückgesendet worden sei. Eine Vorlage zu der Zielvereinbarung sei in Vorbereitung und werde in die nächste Sitzungskette eingebracht.

3.2.11 Frau Sonntag informierte die Mitglieder über die gegenwärtige Situation und über aktuelle Maßnahmen der Ausländerbehörde – **Anlage 10**.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Kollmann

- erinnerte an den verabredeten Besuch der Ausländerbehörde und bat die Mitglieder um Anmeldungen,
- regte an, die Vorlage zum Integrationsleitbild nachrichtlich in die Tagesordnung der Sitzung am 14.05.2019 aufzunehmen und
- verwies auf das vor Beginn der Sitzung an die Mitglieder verteilte Programm „Wochen gegen Rassismus“.

Nach ausführlicher Erörterung der Vorlage und weiterer Entscheidungsalternativen, in deren Verlauf Herr Möller Fragen der Mitglieder beantwortete, beantragte Frau Seyfferth für die SPD-Fraktion:

„Der ASSGV Af möge beschließen:

I. Sachentscheidung:

1. wie Vorlage
2. wie Vorlage
3. wie Vorlage
4. Eine Wettbürosteuer wird für die Stadt Münster eingeführt.
5. wie Vorlage

II. Finanzielle Auswirkungen:

Einnahmen aus der Erhebung der Steuer“

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz:

- „1. Die Verwaltung liefert die Finanzdaten der letzten 5 Jahre (Einnahmen + Aufwendungen durch die Wettbürosteuer) der 6 in der Vorlage befragten Städte mit Wettbürosteuer.
2. Die Verwaltung berichtet über die jeweilige Bemessungsgrundlage und Erhebungspraxis der genannten Städte.
3. Die Verwaltung berichtet über die (geplanten) Maßnahmen der genannten Städte gegen die Umgehung der Steuer (Kundenkarten, Trennwände etc.).“

Den Antrag der SPD-Fraktion lehnte der Ausschuss mit 6 Fürstimmen (SPD, PIRATEN/ÖDP), 11 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) und einer Enthaltung (DIE LINKE.) ab.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehnte der Ausschuss mit 7 Fürstimmen (DIE LINKE., SPD, PIRATEN/ÖDP) und 11 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ebenfalls ab.

Vor Abstimmung über die Vorlage baten Frau Rietenberg, Herr Reiners und Herr Schröder-Hörster (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL) um Aufnahme folgender Protokollnotiz in die Niederschrift:

„Auch wenn unsere Fraktion der Verwaltungsvorlage heute zustimmt, haben wir weiterhin erhebliche Kritik, weil diese die aus unserer Sicht notwendigen Informationen für eine endgültige Entscheidungsfindung nicht enthält.

So vermissen wir Aussagen zu folgenden Fragestellungen:

- Welche Städte in NRW haben bis dato eine Wettbürosteuer eingeführt?
- Welche dieser Städte haben auch nach dem Urteil des BVerwG vom 29.06.2017 weiterhin an einer Wettbürosteuer festgehalten und ihre Satzungen entsprechend angepasst?
- Welchen administrativen Aufwand haben diese Kommunen für die Umsetzung der Wettbürosteuer errechnet, welche Einnahmen und präventiven Effekte sehen sie?

Darüber hinaus wäre eine Darstellung, wie hoch der administrative und personelle Aufwand für die Stadt Münster ist, wenn eine Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuer gem. Urteil des

BVerwG vom 29.06.2017 für das Vermitteln oder Veranstalten von Pferde- und Sportwetten in Einrichtungen (Wettbüros) beschlossen wird, sinnvolle Entscheidungsgrundlage gewesen wie auch eine Gegenüberstellung dieses Aufwandes zu möglichen Einnahmen.

Da wir auch unter Präventionsgesichtspunkten eine Einführung der Wettbürosteuer für sinnvoll halten, werden wir uns mit dieser Thematik weiter auseinandersetzen, u. a. im Rahmen von Veranstaltungen.“

Für die Fraktion DIE LINKE. schloss sich Herr Scholz der Bitte um Aufnahme der Protokollnotiz in die Niederschrift an und bat um folgende Ergänzung, der sich Frau Rietenberg, Herr Reiners und Herr Schröder-Hörster ihrerseits anschlossen:

- „1. Die Verwaltung liefert die Finanzdaten der letzten 5 Jahre (Einnahmen + Aufwendungen durch die Wettbürosteuer) der 6 in der Vorlage befragten Städte mit Wettbürosteuer.
2. Die Verwaltung berichtet über die jeweilige Bemessungsgrundlage und Erhebungspraxis der genannten Städte.
3. Die Verwaltung berichtet über die (geplanten) Maßnahmen der genannten Städte gegen die Umgehung der Steuer (Kundenkarten, Trennwände etc.).“

Daraufhin schloss sich der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Vorlage mit 11 Fürstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) und 7 Gegenstimmen (SPD, DIE LINKE., PIRATEN/ÖDP) an und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss

I. Sachentscheidung:

1. Der aktuelle Bericht über die Situation von Betroffenen mit einer Spielsucht und die Darstellung, welche Unterstützungsangebote es für die betroffenen Menschen und ihre Familien in der Stadt Münster gibt, wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Entwicklung der Anzahl der Fälle mit Spielsucht in den letzten fünf Jahren sowie die Entwicklung der Anzahl der Wettbüros im Stadtgebiet Münster in den letzten Jahren werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Chancen und Risiken zur Einführung einer Wettbürosteuer zur Finanzierung einer präventiven Suchtvermeidung im Bereich -Spielsucht- und die sich daraus ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Spielsucht werden zur Kenntnis genommen.
4. Eine Wettbürosteuer wird für die Stadt Münster derzeit nicht eingeführt.
5. Der Antrag der SPD-Fraktion an den Rat (Nr. A R/0029/2016) und die Anregung nach § 24 GO NRW (Nr. 2016-00085) sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0143/2019**

**Weiterentwicklung des sozialen Arbeitsmarktes in
Münster**
hier: Antrag A-R/0050/2018 "Teilhabe am sozialen
Arbeitsmarkt" vom 26.06.2018 der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt und in die nächste Beratungskette ge-
schoben.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0106/2019**

Basisinformationen Jobcenter

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0107/2019**

**Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchen-
de (SGB II) für geflüchtete Menschen im Jobcenter
der Stadt Münster - Eine erste Bilanz -**

Herr Bierstedt beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Frau Seyfferth stellte weitere Fragen in Aussicht, die die SPD-Fraktion dem Jobcenter schriftlich
stellen werde.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0127/2019**

**Ausschreibung der Betriebsträgerschaft für die
dauerhafte Flüchtlingseinrichtung in Hilstrup, Marie-
Curie-Straße 3 - 3e**

Herr Schröder-Hörster erklärte sich vor Eintritt in die Beratung der Vorlage als befangen; an der
Beratung und Beschlussfassung der Vorlage nahm er nicht teil.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt und Finanzaus-
schuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die Betriebsträgerschaft für die dauerhafte Flüchtlingseinrichtung in Hilstrup, Marie-Curie-
Straße 3 - 3e, wird in einem nationalen Ausschreibungsverfahren gemäß Vergabe- und
Vertragsordnung für Leistungen für die Dauer von drei Jahren mit der Option für die Stadt
Münster ausgeschrieben, sie für maximal ein weiteres Jahr zu gleichen Bedingungen zu
verlängern.
2. Mit der Auftrag nehmenden Organisation wird ein Vertrag zur Regelung der gegenseitigen
Rechte und Pflichten zum Betrieb, zur Nutzung des Gebäudes und der Außenanlagen der
Flüchtlingseinrichtung sowie zur Finanzierung geschlossen.
3. Findet sich in dem Verfahren keine geeignete Organisation für den Auftrag, betreibt die
Stadt die Flüchtlingseinrichtung selbst.
4. Für die Bewertung zuzulassender Angebote wird ein Bewertungsgremium eingesetzt. Die
Angebote werden für diese Bewertung anonymisiert. Für die Teilnahme am Bewertungs-

gremium können die Bezirksvertretung Münster-Hiltrup, der Integrationsrat sowie die im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vertretenen Fraktionen der CDU, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der FDP und von DIE LINKE. je eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen. Für die Verwaltung nimmt Frau Cornelia Wilkens, Beigeordnete für Soziales, Integration, Kultur und Sport, teil.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Mit dem Beschluss über diese Vorlage sind keine zusätzlichen Kosten verbunden. Die notwendigen Mittel stehen als Transferaufwendungen in der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“ zur Verfügung.

Sollte sich in dem Verfahren keine geeignete Organisation für die Übernahme des Auftrags finden und die Stadt die Flüchtlingseinrichtung selbst betreiben, sind die erforderlichen Mittel innerhalb derselben Produktgruppe zu den Personalaufwendungen zu verlagern. Die personellen Rahmenbedingungen sind dann im Stellenplan zu schaffen.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0005/2019	Maßnahmeprogramm Wohngebiet Brüningheide: Jahresbericht 2017
--	---

Vor Eintritt in die Beratung des Berichts erklärte sich Herr Kollmann als befangen; zugleich übergab er den Vorsitz für die Dauer der Beratung an Herrn Reiners. An der Beratung des Berichts nahm Herr Kollmann nicht teil.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Herr Kollmann übernahm wieder den Vorsitz.

Punkt 11 der Tagesordnung	Verschiedenes
----------------------------------	----------------------

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung